

Nicos Poulantzas*

Das Problem des kapitalistischen Staates

[...]

(Ehe sich P. mit dem Buch von Miliband auseinandersetzt, untersucht er kurz die Ursachen des Fehlens einer marxistischen Staatstheorie; als wesentliche Ursache erscheint der »Ökonomismus« der Zweiten und Dritten Internationale.)

In diesem Zusammenhang trägt Milibands Buch »The State in Capitalist Society«¹ dazu bei, eine große Lücke zu schließen. Wie es immer der Fall ist, wenn keine wissenschaftliche Analyse vorliegt, haben auch hier bürgerliche Ideologien über den Staat und die politische Macht beinahe unangefochten das Feld der politischen Theorie beherrscht. Die Arbeit Milibands hat in dieser Beziehung kathartische Wirkung: systematisch tritt er diesen Ideologien entgegen. In seiner Untersuchung der konkreten Gesellschaftsformen in den USA, England, Frankreich, Deutschland oder Japan breitet er sorgfältig eine ungeheure Fülle von empirischem Material aus und zerstört damit nicht nur radikal die bürgerlichen Ideologien vom Staat, sondern liefert ein positives Wissen, das hervorzubringen diese Ideologien niemals in der Lage gewesen sind. Dennoch ist das von Miliband gewählte Verfahren – eine direkte Antwort auf bürgerliche Ideologien durch unmittelbare Analyse der konkreten Fakten – meiner Auffassung nach zugleich Ursache der Fehler seines Buches. [...] Es ist in diesem Zusammenhang wichtig festzustellen, daß Miliband an keiner Stelle die marxistische Staatstheorie als solche behandelt, obgleich sie ständig in seinem Werk implizit enthalten ist. Er setzt sie einfach als »gegeben« voraus, um durch die Untersuchung der Fakten in ihrem Lichte den bürgerlichen Ideologien entgegenzutreten. Meiner festen Überzeugung nach irrt Miliband hier, denn das Fehlen einer expliziten Darlegung der Grundsätze bei einer wissenschaftlichen Argumentation bleibt nicht ohne Folgen: vor allem auf einem Gebiet wie der Staatstheorie, wo eine marxistische Theorie erst noch erarbeitet werden muß. Man hat in der Tat den Eindruck, daß dieser Mangel Miliband oft veranlaßt, die bürgerlichen Ideologien vom Staate anzugreifen und sich dabei selbst auf deren Boden zu begeben. Statt

* Anmerkung zur Übersetzung:

Der Übersetzung lagen der Text von Nicos Poulantzas, »The Problem of the Capitalist State«, in: *New Left Review* 1969, Nr. 58, S. 67–78, und die Erwiderung von Ralph Miliband, »The Capitalist State: Reply to Nicos Poulantzas«, in: *New Left Review* 1969, Nr. 59, S. 53–60 zugrunde. Poulantzas hat seinen Text später in z. T. erweiterter und veränderter Fassung in französisch erneut publiziert unter dem Titel »Sur l'état dans la société capitaliste« in: *politique aujourd'hui*, mars 1970, S. 65–76. Soweit der französische vom englischen Text wesentlich abweicht, wurden die Abweichungen aufgeführt und durch (p. a.: ...) gekennzeichnet. Die Übersetzung besorgten Klaus Lenk, Ulrich Mückenberger und Joachim Perels.

Beide Texte mußten aus Platzgründen gekürzt werden. Die Auslassungen sind mit eckigen Klammern [...] bezeichnet.

¹ Weidenfeld and Nicholson, London 1969.

den erkenntnistheoretischen Ausgangspunkt zu *verwerfen* und diese Ideologien durch den Nachweis ihrer Inadäquatheit in Bezug auf die Realität der Kritik marxistischer Wissenschaft zu unterwerfen (wie Marx es tut, insbesondere in den *Theorien über den Mehrwert*), scheint Miliband diesen ersten Schritt auszulassen. [...]

Nehmen wir ein einfaches Beispiel. Miliband greift die vorherrschende Vorstellung eines »Pluralismus von Eliten« an, deren ideologische Funktion es ist, die Existenz einer herrschenden Klasse zu negieren und wendet – auf »Fakten« gestützt – ein, daß dieser »Pluralismus von Eliten« die Existenz einer herrschenden Klasse nicht ausschließt, weil es gerade diese Eliten seien, die diese Klasse konstituieren²; das entspricht ungefähr der Auffassung Bottomores in dieser Frage. [...] Was Miliband vermissen läßt, ist die notwendige Vorstufe [p. a.: – das »logische Prius«, sagte Marx –] einer *Kritik der ideologischen Kategorie der Elite* im Licht der wissenschaftlichen Konzepte marxistischer Theorie. Wäre diese Kritik geliefert worden, so wäre offenbar geworden, daß die Vorstellung eines »Pluralismus von Eliten« – die herrschende Klasse und deren Fraktionen, die hegemoniale Klasse, die regierende Klasse, der Staatsapparat – die »konkrete Realität« verschleiert und daß diese nur erfaßt werden kann, wenn genau die Kategorie der Elite zurückgewiesen wird. Denn Konzepte und Begriffe sind niemals »rein«, und durch die Übernahme der Begriffe des Gegners legitimiert und verlängert man nur deren Geltung. Alle Begriffe und Konzepte haben ihre Bedeutung nur innerhalb des sie begründenden theoretischen [p. a.: und politischen] Problemzusammenhangs: reißt man sie aus diesem Problemzusammenhang heraus und übernimmt sie »unkritisch« in die marxistische Theorie, so hat das unabsehbare Folgen [p. a.: man denke etwa an den Standardbegriff »bürgerliche Gesellschaft«]. Sie tauchen immer auf, wo man sie am wenigsten erwartet, und drohen die wissenschaftliche Analyse zu überschatten. Im Extremfall macht man sich unbewußt und unmerklich gerade die erkenntnistheoretischen Grundsätze des Gegners zu eigen, also den Problemzusammenhang, der seine Konzepte begründet, die man nicht theoretisch kritisiert hat, weil man annahm, sie wären bereits von den »Fakten« widerlegt. Das wiegt noch schwerer: denn dann werden nicht mehr nur fremde Kategorien in den Marxismus »hineingetragen«, sondern Grundsätze, die die Anwendung marxistischer Konzepte selbst zu beeinträchtigen drohen. [...] Wie wird das deutlich? Kurz gesagt: in den Schwierigkeiten, die Miliband hat, soziale Klassen und den Staat als *objektive Strukturen* zu begreifen und ihr Verhältnis als ein *objektives System gesetzmäßiger Beziehungen*, eine Struktur und ein System, deren Agenten, »Menschen«, in den Worten von Marx, »Träger« sind. Man hat ständig den Eindruck, daß für Miliband soziale Klassen oder »Gruppen« irgendwie reduziert werden können auf *interpersonale Beziehungen*; daß der Staat reduziert werden kann auf die interpersonalen Beziehungen der Mitglieder der verschiedenen »Gruppen«, die den Staatsapparat konstituieren, und daß schließlich die Beziehungen zwischen sozialen Klassen und Staat selbst reduziert werden können auf interpersonale Beziehungen von »Individuen«, die soziale Gruppen bilden, und »Individuen«, die den Staatsapparat bilden.

[...]

Wir wollen nun einige konkrete Themen von Milibands Buch im Lichte dieses Vorspanns betrachten.

² Miliband, S. 24 ff. und 47.

Sehr zutreffend diskutiert Miliband als erstes Problem das der »herrschenden Klasse«, wobei er den gängigen bürgerlichen Ideologien von der *Managerherrschaft* entgegentritt. Nach diesen Ideologien hat das gegenwärtige Auseinanderfallen von Eigentum und Kontrolle die ökonomische Macht von den Kapitalisten auf die Manager übergehen lassen. Letztere hätten keine Eigentümerinteressen im strengen Sinne, wären nicht primär am Profit interessiert – mit anderen Worten, nicht Profit sei ihr Handlungsziel, sondern Wachstum und Entwicklung [p. a.: »industrielle Entwicklung«, »wirtschaftliche Stärke« etc.]. Da die herrschende Klasse dabei durch Gewinnstreben definiert wird und dieses Streben nicht mehr die heutigen Wirtschaftsführer charakterisiert, gibt es die herrschende Klasse selbst nicht mehr: wir stehen jetzt einem »Pluralismus von Eliten« gegenüber, deren eine die Manager sind. Wie antwortet Miliband?³ Er nimmt die Ideologie beim Wort und wendet deren eigene Argumente gegen sie: tatsächlich ist das Verhalten doch durch das Streben nach Profit bestimmt, denn schließlich ist das das Bewegungsgesetz des Kapitalismus. In der Verfolgung des Ziels der Vermehrung privaten Profits sind die Manager Teil der herrschenden Klasse, denn – so belehrt uns Miliband – Marx zufolge ist der Widerspruch des kapitalistischen Systems der »Widerspruch zwischen seinem in immer höherem Maße gesellschaftlichen Charakter und seiner fortduernden privaten Zielsetzung«.⁴ Ohne die Existenz mancher für Manager spezifischen Zielsetzungen, die sich von denen der Eigentümer relativ unterscheiden, auszuschließen, betrachtet Miliband Manager als eine unter verschiedenen wirtschaftlichen Eliten, die in ihrer Gesamtheit die herrschende Klasse ausmachen.

Ich halte das für einen falschen Ansatz. Zunächst einmal: Das entscheidende Kriterium für die Zugehörigkeit zur Klasse der Kapitalisten ist für Marx *keineswegs* eine Verhaltensmotivation, also das Streben nach Gewinn als »Handlungsziel«. Denn es mag sehr wohl Kapitalisten geben, die sich nicht vom Profitstreben bestimmen lassen, genauso wie es Nichtkapitalisten gibt (etwa die Kleinbürger im Kleingewerbe), die genau diese Motivation haben. Marx' Kriterium ist die objektive Stellung im Produktionsprozeß und das Eigentum an Produktionsmitteln. Es ist daran zu erinnern, daß selbst Max Weber zugestehen mußte, nicht das Streben nach Gewinn definiere den Kapitalisten. Für Marx ist der Profit kein Handlungsmotiv – nicht einmal ein vom System »aufgezwungenes« –, sondern er ist eine objektive Kategorie, die einen Teil des realisierten Mehrwerts bezeichnet. Auch ist der Grundwiderspruch des kapitalistischen Systems – Marx zufolge – keineswegs der zwischen seinem gesellschaftlichen Charakter und seiner »privaten Zielsetzung«, sondern der Widerspruch zwischen der Vergesellschaftung der Produktivkräfte und deren *privater Aneignung* [p. a.: zwischen der fortschreitenden Vergesellschaftung des Produktionsprozesses und der *privaten Aneignung* der Produktionsmittel]. Deshalb hängt die Charakterisierung des bestehenden sozialen Systems – also des kapitalistischen Systems – in keiner Weise von der Motivation der Tätigkeit der Manager ab.

Ferner: um die Klassenlage der Manager zu charakterisieren, muß man nicht auf die Motivationen ihrer Tätigkeit, sondern lediglich auf ihre Stellung im Produktionsprozeß und ihre Beziehung zum Eigentum an den Produktionsmitteln zurückgreifen. Dabei ist [...] bei dem Begriff »Eigentum«, wie Marx ihn ver-

³ Miliband, ebenda.

⁴ Miliband, S. 34.

wendet [p. a.: mit dem Marx die Beziehung des Nicht-Arbeiters zu den Produktionsmitteln bezeichnet], zu unterscheiden zwischen dem formalrechtlichen Eigentum, das dem »individuellen« Kapitalisten nicht zu gehören braucht, und dem *ökonomischen Eigentum* oder der *realen Aneignung*, was einzig *ökonomische Macht* erzeugt.⁵

Dieses ökonomische Eigentum, auf das es bei der Einteilung in Klassen ankommt, ist in der Tat in der Hand des *Kapitals*. Dem Manager ist es nur der Funktion nach delegiert.

Unter diesem Gesichtspunkt konstituieren die Manager keine gesonderte Fraktion der Kapitalistenklasse, während Miliband aufgrund der nichtstichhaltigen Unterscheidung nach Verhaltensmotiven zu dem Schluß gelangt, die Manager wären als eine besondere »wirtschaftliche Elite« zu betrachten. Damit mißt er ihnen nicht nur eine Bedeutung zu, die sie nicht besitzen, sondern er verliert das Wesentliche aus den Augen. Denn nicht auf Unterschiede und Beziehungen zwischen »wirtschaftlichen Eliten« mit divergierenden Zielvorstellungen kommt es an, sondern auf etwas, worüber Miliband so gut wie nichts sagt: *die Unterschiede und Beziehungen zwischen den Fraktionen des Kapitals*. Das Problem ist nicht das einer Mehrzahl »wirtschaftlicher Eliten«, sondern das einer Mehrzahl von Fraktionen der Kapitalistenklasse. Kann ein Marxist die im Zeichen des Imperialismus bestehenden Unterschiede und Beziehungen zwischen Monopolkapital, nichtmonopolistischem Kapital, Industriekapital und Finanzkapital schlicht übergehen?

2. Das Problem des Staatsapparates und der »Bürokratie«

Nunmehr wendet Miliband sich – einleuchtenderweise – dem Problem der Beziehung zwischen herrschender Klasse und Staat zu: Er geht hier in derselben Weise vor, indem er die bürgerlichen Ideologien direkt zu widerlegen versucht. Diese Ideologien behaupten, der Staat sei als Vertreter des Gemeinwohls neutral gegenüber den divergenten Interessen der »bürgerlichen Gesellschaft«. Manche (wie etwa R. Aron) behaupten, die Bourgeoisie habe in den kapitalistischen Gesellschaften niemals selbst regiert, in dem Sinne, daß ihre Mitglieder nur selten unmittelbar an der Regierung beteiligt gewesen seien. Andere wiederum führen an, die Mitglieder des Staatsapparates, die Beamten, seien neutral gegenüber den Interessen der gesellschaftlichen Gruppen. Auch hier läßt sich Miliband dazu verleiten, die genaue Gegenposition einzunehmen, den Spieß einfach umzudrehen. Er tut das in doppelter Weise. Zunächst weist er nach, daß die Mitglieder der Kapitalistenklasse häufig sehr wohl am Staatsapparat und an der Regierung beteiligt gewesen sind.⁶ Nachdem er die Beziehung zwischen Staatsapparat und herrschender Klasse hergestellt hat, zeigt er, daß a) die *soziale Herkunft* von Mitgliedern der »Spitze« des Staatsapparates die herrschende Klasse ist und b) *persönliche Beziehungen* durch Einfluß, Status, Milieu etc. zwischen den Mitgliedern der herrschenden Klasse und denen des Staatsapparates bestehen.⁷

Ich habe nicht die Absicht, den Wert der Untersuchungen Milibands zu bestreiten, die mir im Gegenteil von zentraler *entschleiernder* Bedeutung zu sein scheinen.

⁵ Bettelheim, *La Transition vers l'Economie Socialiste*, und Poulantzas, *Pouvoir politique et classe, sociales*, Maspero, Paris 1968. S. 23 ff.

⁶ Miliband, S. 48–68.

⁷ Ebenda, S. 69–145 (bes. S. 119–145).

nen. Dennoch halte ich die Methode Milibands, so exakt sie in sich sein mag, nicht für die bedeutsamste. Dies vor allem, weil die *unmittelbare* Teilhabe der Kapitalistenklasse an Staatsapparat und Regierung, auch wo es sie gibt, nicht den entscheidenden Punkt ausmacht. Das Verhältnis der bürgerlichen Klasse zum Staat ist ein *objektives*. Das heißt: Wenn die *Funktion* des Staates in einer bestimmten sozialen Formation sich mit den *Interessen* der herrschenden Klasse in dieser Formation deckt, so geschieht dies auf Grund des Systems selbst: die unmittelbare Beteiligung der Mitglieder der herrschenden Klasse am Staatsapparat ist nicht die *Ursache*, sondern die – im übrigen zufällige – *Folge* dieser objektiven Übereinstimmung.

Um diese objektive Übereinstimmung nachzuweisen, wäre es nötig gewesen, die Rolle des Staates als einer spezifischen Instanz des gesellschaftlichen Ganzen zu zeigen. Miliband hingegen scheint die Rolle des Staates auf die Verhaltensstrukturen der Mitglieder des Staatsapparates zurückzuführen zu wollen.⁸ Hätte er gezeigt, daß der Staat *genau der Agent des Zusammenhalts und der Reproduktion der Produktionsbedingungen eines Systems* ist, das selbst die Herrschaft einer Klasse über die anderen bewirkt, dann wäre ihm klar geworden, daß die Beteiligung dieser Klasse an der Regierung, ob nun direkt oder indirekt, nichts ändert. Was den kapitalistischen Staat angeht, so kann man noch weitergehend sagen: der kapitalistische Staat [p. a.: mit dem ideologischen Apparat, der ihn kennzeichnet] wird den Interessen der kapitalistischen Klasse am weitestgehenden gerecht, wenn die Mitglieder dieser Klasse nicht direkt an den Staatsgeschäften beteiligt sind, d. h. wenn die *herrschende Klasse* nicht auch die *politisch regierende Klasse* ist. Das ist der genaue Inhalt der Analysen von Marx [p. a.: und Engels] über das England des 19. Jahrhunderts und Deutschland unter Bismarck [p. a.: wo der Grundadel regierende Klasse blieb], vom französischen Bonapartismus gar nicht zu reden. Miliband scheint übrigens in seiner Analyse sozialdemokratischer Regierungen diesen Sachverhalt anzudeuten.⁹

Wir wenden uns nun dem Problem der *Mitglieder des Staatsapparates* zu, d. h. der Armee, Polizei, Justiz und Verwaltung. In seiner Argumentationskette versucht Miliband die Beziehungen zwischen den Interessen der herrschenden Klasse und dem Verhalten der Mitglieder des Staatsapparates dadurch herzustellen, daß er entweder die soziale Herkunft der »Spitzenbeamten« aus der herrschenden Klasse oder aber die persönlichen Beziehungen nachweist, die die Mitglieder des Staatsapparates schließlich mit der herrschenden Klasse vereint.¹⁰ Dieser nicht unbedingt falsche Ansatz bleibt völlig deskriptiv. Mehr noch: er verhindert die Analyse eines der spezifischen Probleme des Staatsapparates, des *Problems der »Bürokratie«*. Marx, Engels und Lenin zufolge bilden die Mitglieder des Staatsapparates, die man gewöhnlich als »Bürokratie« im weiteren Sinne bezeichnet, eine besondere *gesellschaftliche Kategorie*, aber keine Klasse. Obwohl die Mitglieder des Staatsapparates herkunftsmäßig verschiedenen Klassen [p. a.: und Klassenfraktionen] angehören, fungieren sie entsprechend einem spezifischen Systemzusammenhang. Ihre *klassenmäßige Herkunft* tritt hinter dem zurück, was sie zusammenhält – ihrer *Klassenfunktion*: also der Tatsache, daß sie eben zum Staatsapparat gehören und als ihre *objektive Funktion* die Aktualisierung der Rolle des Staates vorfinden. Das bedeutet umgekehrt, daß die Bürokratie – als eine besondere und relativ »einheitliche« soziale Kategorie –

⁸ Ebenda, S. 68–118.

⁹ Miliband, S. 96 ff.

¹⁰ Ebenda, S. 119–145.

»Diener« der herrschenden Klasse ist, nicht ihrer klassenmäßigen Herkunft, die unterschiedlich ist, oder ihrer persönlichen Beziehungen zur herrschenden Klasse wegen, sondern weil sich ihr Zusammenhalt aus der Aktualisierung der objektiven Rolle des Staates ergibt. Die Totalität dieser Rolle deckt sich mit den Interessen der herrschenden Klasse.

Daraus ergeben sich wichtige Konsequenzen für das oft diskutierte Problem der *relativen Autonomie* des Staates in bezug auf die herrschende Klasse, und damit für die nicht minder kontroverse Frage nach der relativen Autonomie der Bürokratie als besonderer gesellschaftlicher Kategorie gegenüber dieser Klasse. Eine lange marxistische Tradition sah im Staat ein einfaches – durch die herrschende Klasse nach Belieben zu manipulierendes – Werkzeug oder Instrument. Ich will nicht behaupten, daß Miliband in diese Falle geht, die eine genaue Analyse der komplexen Mechanismen des Staates in seinem Verhältnis zum Klassenkampf verhindert. Aber: Wenn man die Beziehungen zwischen Staatsapparat und herrschender Klasse auf die soziale Herkunft der Mitglieder des Staatsapparates und ihre persönlichen Beziehungen zu Mitgliedern dieser Klasse zurückführt – so, als nähme die Bourgeoisie den Staat physisch »in Besitz« –, kann man der relativen Autonomie des Staatsapparates in bezug auf diese Klasse nicht gerecht werden. Wenn Marx [p. a.: und Engels] den »Bonapartismus« als »Religion der Bourgeoisie« bezeichneten [p. a.: im Unterschied zu ihrer Analyse der konkreten historischen Erscheinung des französischen Bonapartismus], also als für *alle* Formen des kapitalistischen Staates charakteristisch, wollten sie damit sagen, daß dieser Staat der herrschenden Klasse nur insoweit wirklich von Nutzen sein kann, als er gegenüber deren verschiedenen Fraktionen relativ autonom und eben dadurch in der Lage ist, die Hegemonie der Klasse als Ganzer zu organisieren. [p. a.: In ihren Formen und Modifikationen hängt diese relative Autonomie sicherlich von den unterschiedlichen Formen der kapitalistischen Gesellschaften und Regierungsweisen ab]. Es ist kein Zufall, daß Miliband diese Autonomie schließlich nur für den Extremfall des Faschismus zugesteht.¹¹

[...]

3. Die »Zweige« des Staatsapparates

[...]

(P. geht auf das Verhältnis der einzelnen »Zweige« des Staatsapparates – Regierung, Armee, Polizei, Justiz und Verwaltung – untereinander ein. Keiner dieser Zweige könnte isoliert auf seine Bedeutung und Bedeutungsveränderung hin untersucht werden. Die Bedeutung jedes Zweiges ergebe sich vielmehr aus dem objektiven Systemzusammenhang, in dem er steht, und lasse sich nur durch die Analyse von dessen Veränderungen – die selbst wieder auf Veränderungen in den Produktionsverhältnissen und auf den Entwicklungsstufen des Klassenkampfes beruhen – ermitteln.)

4. Die gegenwärtige Form des kapitalistischen Staates

[...]

(Im Abschnitt 4 geht P. kurz auf die heutige Form des kapitalistischen Staates ein, dem er – entgegen der These vom Staat als schlichter Agentur des Großkapitals – nach wie vor eine relative Autonomie einräumt.)

¹¹ Miliband, S. 93.

[...]

Die traditionelle marxistische Staatstheorie hat sich hauptsächlich mit der *repressiven Rolle des Staates* im Sinne organisierter physischer Repression beschäftigt. Eine bemerkenswerte Ausnahme macht Gramscis Erörterung des Problems der Hegemonie. Sehr zurecht besteht Miliband in langen und ausgezeichneten Analysen (The Process of Legitimation, I, II, S. 179–264) auf der Rolle, die dem Ideologischen beim Funktionieren des Staates und beim Prozeß politischer Herrschaft zukommt, was ich unter anderem Aspekt in meinem eigenen Buch versucht habe.

Ich glaube allerdings, daß wir beide, wenn auch aus verschiedenen Gründen, auf halbem Wege stehengeblieben sind: was für Gramsci nicht zutrifft.

Wir sind bei der Überlegung stehengeblieben, Ideologie existiere nur in Ideen, Gewohnheiten oder Sitten, ohne zu sehen, daß Ideologie in einem handgreiflichen Sinne in *Institutionen* verkörpert sein kann: Institutionen, die dann durch eben den Prozeß der Institutionalisierung zum System des Staates gehören, auch wenn sie prinzipiell dem Bereich der Ideologie zuzurechnen sind. An die marxistische Tradition anknüpfend, neigten wir dazu, den Begriff des Staates sehr *eng* zu fassen: Die Institutionen mit überwiegend repressiver Funktion betrachteten wir als Teil des Staates und die mit überwiegend ideologischer Funktion verwiesen wir auf einen Ort »außerhalb« des Staates, den Miliband als »politisches System« bezeichnet und vom Staat unterschieden wissen will.¹² Folgende These möchte ich [p. a.: im Anschluß an Louis Althusser¹³] aufstellen: das staatliche System besteht aus *mehreren Apparaten oder Institutionen*, von denen manche eine überwiegend repressive Rolle [p. a.: im Sinne organisierter physischer Repression], andere eine überwiegend ideologische Funktion ausüben. Erstere bilden den repressiven Apparat des Staates, also den Staatsapparat im klassischen marxistischen Sinn (Regierung, Armee, Polizei, Justiz, Verwaltung). Letztere bilden die ideologischen Apparate des Staates, wie die Kirche, die Parteien, Verbände (mit Ausnahme *revolutionärer* Parteien oder Gewerkschaften), Schulen [p. a.: und Universitäten], Massenmedien ([p. a.: Verlagswesen], Zeitungen, Radio, Fernsehen) und von einer bestimmten Warte aus [p. a.: zumindest unter kapitalistischen Produktionsverhältnissen] auch die Familie. Das gilt unabhängig vom formalen öffentlichen oder privaten Charakter der Institutionen [p. a.: also unabhängig davon, ob sie *offiziell* und *formal* »Teil« des Staates sind], eine Unterscheidung, die rein juristisch und damit weithin ideologisch ist und nichts Grundlegendes ändert.

Diese Position ist gewissermaßen die Gramscis, auch wenn er sie nicht hinreichend fundierte und weiterentwickelte.

Warum sollte man von *den* ideologischen Staatsapparaten im Plural und von *dem* (repressiven) Staatsapparat im Singular sprechen? Weil der repressive Staatsapparat, der Staat im klassischen marxistischen Sinn, einen sehr starken Systemzusammenhang besitzt, der unmittelbar das Verhältnis der verschiedenen Zweige des Apparates steuert.

Demgegenüber besitzen die ideologischen Apparate des Staates wegen ihrer Hauptfunktion – Indoktrination und Übermittlung – eine größere und wichtigere Autonomie: ihre Beziehungen untereinander und zum repressiven Staats-

¹² Miliband, S. 50 ff.

¹³ Vervielfältigter Text, März-April, 1969.

apparat erscheinen, verglichen mit den wechselseitigen Beziehungen der Zweige des repressiven Staatsapparates, mit mehr Unabhängigkeit ausgestattet.

Warum nun sollte man von ideologischen *Staatsapparaten* sprechen, also die ideologisch-fundierten Institutionen in das staatliche System einbeziehen?

[p. a.: 1. Die Ideologie ist nicht etwas »Neutrales« in der Gesellschaft. Darüber hinaus ist festzustellen, daß politische Herrschaft nicht allein mittels physischer Repression ausgeübt werden kann. Sie bedarf des unmittelbaren und entschiedenen Einfluß des Ideologischen: in diesem Sinne ist das Ideologische, in seiner Erscheinungsform von ideologischen »Apparaten«, unmittelbar ins staatliche System eingegriffen, das seinerseits Ausdruck, Garant und Ort der politischen Macht ist.]

1. Wenn der Staat als die Instanz definiert wird, die den Zusammenhalt einer sozialen Formation aufrechterhält und die die Produktionsbedingungen eines sozialen Systems durch Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft reproduziert, so ist offenkundig, daß die fraglichen Institutionen – die ideologischen Apparate des Staates – genau dieselbe Funktion erfüllen. [p. a.: 2. Auf die marxistische Staatsdefinition muß man sich wie folgt beziehen: Die Klassiker definieren den Staat nicht in erster Linie als Inhaber des Monopols repressiver physischer Gewalt, sondern durch seine gesellschaftliche Funktion als Instanz. Der Staat ist die zentrale Instanz, deren Funktion in der Aufrechterhaltung der Einheit und des Zusammenhalts einer gesellschaftlichen Formation besteht, in der Produktion der Reproduktionsbedingungen einer Formation insgesamt und somit, in der erweiterten Reproduktion der Produktionsbedingungen, in einem System von Klassenkampf. In einem solchen System liegt die Hauptrolle der ideologischen Apparate in der Erfüllung eben derselben Funktion. Die ideologischen Apparate haben als Hauptfunktion, den Zusammenhalt und die Einheit einer Formation aufrechtzuerhalten – die herrschende Ideologie »kittet« eine Formation –, indem sie die Reproduktionsbedingungen einer Formation als Ganzer produzieren und so die Produktionsbedingungen reproduzieren – die Ideologie beschränkt sich nicht auf Ideen. Schon hier zeigt sich die Identität der Funktion des Staatsapparates im engeren Sinn und der der ideologischen Apparate.]

2. [p. a.: 3.] Der repressive Staatsapparat selbst ist in einer bestimmten Formation die Bedingung der Möglichkeit des Bestehens und Funktionierens dieser Institutionen oder ideologischen Apparate. Wenn auch ihre Rolle überwiegend eine ideologische ist und der repressive Staatsapparat im allgemeinen nicht *unmittelbar* in ihr Funktionieren eingreift, so steht er doch ständig hinter ihnen, verteidigt und sanktioniert sie und schreibt ihnen schließlich durch sein Auftreten ihr Verhalten vor. Die Studentenbewegung in Frankreich und anderswo kann das heute in *puncto* Schulen und Universitäten bezeugen.

3. [p. a.: 4.] Obwohl diese ideologischen Apparate untereinander und in ihrem Verhältnis zum repressiven Staatsapparat eine bemerkenswerte Autonomie besitzen, gehören sie zu demselben System wie dieser repressive Apparat. Jede wichtige Veränderung der Staatsform hat Rückwirkungen, nicht nur auf [p. a.: die Rolle und] das wechselseitige Verhältnis der »Zweige« des repressiven Staatsapparates, sondern auch auf [p. a.: die Rolle und] das wechselseitige Verhältnis der ideologischen Staatsapparate zueinander und das zwischen diesen und dem repressiven Staatsapparat. [p. a.: Nichts zeigt das besser als die verschiedenen Formen, die der kapitalistische Staat bisher angenommen hat.] Man braucht gar nicht den Extremfall des Faschismus zu nehmen, um diese These zu belegen: man braucht nur zu erwähnen, wie sich die Rolle und Verhältnisse der Kirche, der Parteien, Verbände, Schulen, Medien, der Familie – sowohl zuein-

ander als auch zum repressiven Staatsapparat – unter den verschiedenen »normalen« Entwicklungsformen des kapitalistischen Staates modifiziert haben.

4. [p. a.: 5.] Schließlich ein letzter Grund: Nach marxistisch-leninistischer Theorie bedeutet eine sozialistische Revolution nicht nur einen Wechsel in der *Staatsgewalt*, sondern diese muß auch den Staatsapparat [p. a.: einschließlich der ideologischen Apparate] zerbrechen, d. h. radikal verändern. Wenn man nun die ideologischen Apparate in das Konzept des Staates einbezieht, ist evident, warum die Klassiker des Marxismus – oft nur implizit – für notwendig hielten, die These von der Zerstörung des Staates nicht nur auf den repressiven, sondern auch auf den ideologischen Staatsapparat anzuwenden: Kirche, Parteien, Verbände, Schulen, Medien, Familie.

Dies bedeutet angesichts der [p. a.: relativen] Autonomie der ideologischen Staatsapparate sicherlich nicht, daß sie – alle oder einzelne von ihnen – *zur selben Zeit* oder *auf dieselbe Weise* »zerbrochen« werden müssen [p. a.: können] wie der repressive Staatsapparat. Es bedeutet, daß die »Zerstörung« der ideologischen Staatsapparate die »Zerstörung« des repressiven Staatsapparates zur *Vorbedingung* hat. Es ist also beispielsweise ein illusionärer Irrglaube, wenn eine gewisse zeitgenössische These es für möglich hält, hier und jetzt zur »Zerstörung« der Universität in kapitalistischen Gesellschaften überzugehen. Es bedeutet aber auch, daß die Entwicklung der sozialistischen Gesellschaft nicht vollendet werden kann, wenn nur der repressive Staatsapparat »zerbrochen« wird, die ideologischen Staatsapparate aber unversehrt beibehalten, ohne weiteres übernommen und nur ihrer Funktion nach verändert werden.

Man sieht, mit dieser Frage nähern wir uns dem Problem der *Diktatur des Proletariats* und der *Kulturrevolution*; sie führt uns aber weg von Miliband. Ich habe nicht die Absicht, hier die politischen Folgerungen aus Milibands Buch zu untersuchen, über die er sich übrigens weitgehend ausschweigt: die Frage bleibt offen. [...]